

In Dresden, Magdeburg, Dessau und Köln, um nur einige Städte zu nennen, wird in diesen Tagen der Opfer der schweren Luftangriffe vor 70 Jahre gedacht.

Vor 70 Jahren war der 2. Weltkrieg dorthin zurückgekehrt, wo er geplant wurde und von wo er ausging. Viele deutsche Städte lagen in Schutt und Asche.

Und wir gedenken und trauern um die Opfer. Doch wir dürfen nicht vergessen, wie es dazu kam.

Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Hitler löste am 31. Januar den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 5. März fest, um die Machtergreifung der Nazis auch demokratisch zu legitimieren. Stärkste Partei zu werden, diesen Ehrgeiz hatten auch NSDAP-Gauleiter Jordan von Halle-Merseburg und der NSDAP-Kreisleiter Ludolf von Alvensleben. Aber dazu mussten die Kommunisten weg. Die KPD war bis 1933 im Mansfelder Land die stärkste Partei.

Die Nazis planten für den 12. Februar einen „Propagandaaufzug“ in Eisleben, an dessen Ende drei Tote und 15 Schwerverletzte standen. Und es sollte nur ein Anfang gewesen sein.

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 brannte der Reichstag.

Am 23. März 1933 stimmten die Reichstagsfraktionen aller bürgerlichen Parteien (DNVP, Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutsche Staatspartei, Volksdienst, Deutsche Bauernpartei und Deutsche Volkspartei) ausnahmslos dem Ermächtigungsgesetz zu.

94 Abgeordnete der SPD-Fraktion, die anderen 26 waren bereits verhaftet oder auf der Flucht, stimmten trotz des massiven SA- und SS-Aufgebotes rund um die Kröll-Oper gegen das Gesetz. Der Fraktionsvorsitzende Otto Wels bekannte sich in seiner Rede zur parlamentarischen Demokratie.

Die am 5. März 1933 gewählten 81 Abgeordneten der KPD konnten nicht an dieser Sitzung teilnehmen. Ihre Mandate waren bereits am 9. März annulliert worden, damit bekam die NSDAP die Mehrheit im Reichstag. Zudem waren sie verhaftet, auf der Flucht oder untergetaucht.

Am 10. Mai 1933 brannten die Bücher.

Im November 1938 brannten die Synagogen.

Am 1. September 1939 begann der 2. Weltkrieg.

Und in den Krematorien der Vernichtungslager des faschistischen Deutschlands verbrannten Millionen Juden, darunter auch die verschleppten Juden Eislebens. In den Konzentrationslagern starben Sinti und Roma, Russen und Polen, aber auch Kommunisten und Sozialdemokraten, Katholiken und Protestanten, all jene, die sich dem Grauen versuchten entgegenzustellen. Die deutschen Faschisten konnten nicht aufgehalten werden. Ihr alles zerstörender Weg endete erst am 8. Mai 1945.

Die leidvollen Erfahrungen mit Nationalismus und Rassismus in der Geschichte des deutschen Volkes erfordern eine offensive Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und

die Übernahme von Verantwortung für die deutsche Vergangenheit mit allen ihren unbequemen Fragen und Antworten auch für die Nachgeborenen.

Viel zu viele möchten gern einen Schlussstrich unter dieses Kapitel der deutschen Vergangenheit ziehen.

Wir leben im Jahre 2015 und nicht 1933. Ein „neuer Faschismus“ steht trotz der großen sozialen Verwerfungen nicht auf der Tagesordnung. Und doch erleben wir gegenwärtig eine Radikalisierung der Welt. Da toben Kriege in Afrika und im Nahen Osten. Es wird um eine Friedenslösung mit der Ukraine und Russland gerungen.

Und in der Bundesrepublik marschieren Pegida, Magida oder Legida. Die AfD erringt mit nationalistischen Parolen Wahlerfolge.

Wir erleben eine Radikalisierung der bürgerlichen Mitte, wenn man genau schaut wer demonstriert. Und das macht mir persönlich Angst, genauso wie die Bilder aus dem kriegszerstörten Donezk oder vom Bürgerkrieg aus Syrien.

Es hilft nicht, ruhig zu sein, denn das was inzwischen da ist, ist schon mehr als der Anfang und es ist nicht mehr nur der dunkelbraune Rand der Gesellschaft.

Neofaschistische, antisemitische und rassistische Ideologien kommen inzwischen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie sind in vielen Regionen der Bundesrepublik schon Bestandteil der Alltagskultur und es sind eben nicht nur sozial Schwache und Entrechtete, die marschieren, es sind auch Menschen aus dem Mittelstand. Es können unsere Kinder sein, die Nachbarn oder der freundliche Herr von Gegenüber.

Wir wissen: Demokratie und Toleranz brauchen ausdauerndes und langfristiges Wirken. Und wir müssen uns immer wieder unserer Geschichte erinnern. Dafür ist jede Familie zuständig, Generation um Generation. Aber auch wir als Politikerinnen und Politiker haben diese Verantwortung.

Wir gedenken heute der Opfer des Eisleber Blutsonntags. Und die Geschichte sollte uns Mahnung, Erfahrung und Warnung sein.